

Bericht aus der Herbstsession 2009

Von Erwerbslosigkeit, Bundesräten und Piraten

Lange Weile kommt im Bundeshaus selten auf. Es herrscht immer rege Betriebsamkeit unter der Bundeshauskuppel. In dieser Herbstsession war es aber an manchen Tagen extremer, als sonst. Anlass für regelrechte Belagerungszustände im und ums Bundeshaus boten einerseits die Bundesratswahlen und andererseits der Staatsbesuch des russischen Präsidenten.

Erste Woche: 600 Millionen Familiensteuerreform

Die Familiensteuerreform führte zu SP-internen Auseinandersetzungen. Der Gewerkschaftsflügel innerhalb der SP Fraktion opponierte gemeinsam mit den Grünen gegen den massiven Steuerausfall von rund 600 Mio. Franken. Wir Gewerkschafter kritisierten insbesondere, dass diese „Entlastung“ primär wieder einem **Steuergeschenk an die Besserverdienenden** Familien gleichkommt. Die Gesetzesänderung fand eine Mehrheit im Rat. Sie tritt aber erst 2011 in Kraft. Was bleibt, ist die Tatsache, dass wiederum massive Steuerausfälle generiert werden. Dies in einer Zeit, in der der Staat eigentlich das Geld bräuchte um notwendige Investitionen in Bildung, soziale Aufgaben, Umwelt und Infrastrukturen zu sichern und damit auch Arbeitsplätze abzusichern.

Zweite Woche: Argumente statt Ideologie, Bundesratswahlen und Demo

Auf den letzten Drücker hat im Nationalrat eine Koalition der Vernunft, angeführt von der SP-Fraktion und Bundesrätin Doris Leuthard, das dritte **Konjunkturprogramm** am Schluss der Herbstsession doch noch gerettet. Vorausgegangen war eine rein ideologische motivierte SVP/FDP- Blockadepolitik. Die machten auf Fundamentalopposition, taten so, als wäre die Krise schon wieder vorbei und verweigerten die Zustimmung zu vernünftigen Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zu Gunsten der Langzeitarbeitslosen.

In Differenzbereinigungen scheiterten die konkreten Massnahmen zu Gunsten der Langzeitarbeitslosen, der Jugendlichen und die Weiterbildungszuschüsse mehrfach an der Hürde des absoluten Mehrs von 101 Stimmen (Ausgabenbremse). Erst die Einigungskonferenz von National- und Ständerat brachte in der dritten Woche den Durchbruch mit einer Kompromisslösung. Das dritte Konjunkturpaket ist damit knapp am Absturz vorbeigekommen. Es umfasst noch nun noch **Massnahmen gegen die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit** im Umfang von rund 300 Millionen statt den ursprünglich geplanten 400 Millionen.

Das letztlich auf Bundesebene verabschiedete Paket ist vom finanzpolitischen Volumen her zwar eher ein Päckchen, aber es enthält immer noch sehr wichtige Massnahmen. Es wird eben nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe investiert. Beispielweise mit der **Förderung von Umschulungsmassnahmen, sogenannten Passarellenausbildungen, im Bereich erneuerbarer Energien**. Auf diesen Punkt im Paket hatte ich mich spezialisiert. Und dies war auch bitter nötig. Es kam zu sehr knappen Abstimmungsresultaten.

Dabei scheint mir die Sache eigentlich klar zu sein. Im Bereich erneuerbarer Energien herrscht Fachkräftemangel. Wer wie ich in jüngerer Zeit eine Solaranlage montieren liess, weis dies. Auf der einen Seite also die steigende Erwerbslosigkeit unter Lehrabgängern, auf der anderen Seite herrscht ein Fachkräftemangel im Bereich erneuerbarer Energien, insbesondere im Solarbereich. Da ist es doch eigentlich nur logisch, mit Bildung dafür zu sorgen, dass die Anlagen innert nützlicher Frist durch einheimisches Personal fachgerecht installiert werden können, damit sie dann auch optimal funktionieren. Doch auch wir Aargauer waren uns da nicht einig. So kreuzten FDP Nationalratskollege Müller und ich diesbezüglich gleich mehrfach die Klinge. Er mit ideologischer, ordnungspolitischer Argumentationslinie, ich mit oben erwähnten Argumenten, die letztlich auch obsiegten.

Im Vorfeld der **Bundesratswahlen** war bereits feststellbar, dass das Gerangel um den Bundesratssitz des abtretenden Pascal Couchepin gross sein würde. Als offizielle Kandidaten standen drei Männer zur Auswahl.

- Didier Burkhalter, FDP, seit Nov. 07 Ständerat, 49 und aus Neuenburg
- Christian Lüscher, FDP, seit Okt. 07 Nationalrat, 46 und aus Genf
- Urs Schwaller, CVP, langjähriger Ständerat, 56 und aus Freiburg

Es war von Anfang an klar, dass es zu einem Duell FDP/CVP kommen würde. Beide Parteien argumentierten mit Ihrer Stärke und der Fähigkeit ihrer Kandidaten. In der SP-Fraktion waren einige hin- und hergerissen. Da die Vorteile der Kandidatur Schwaller: Klar Staatsmännisches Format, in ökologischen und familienpolitischen Fragen persönlich und parteipolitisch näher bei der SP. Dort die Kandidatur Burkhalter: Unbestritten ein „echter Welscher“ und ein Freisinniger, der nicht gerade wie Lüscher am rechten Flügel steht. Und dann noch die Parteipolitische Frage. Die Fraktion konnte sich letztlich nicht einigen. Die grosse Mehrheit votierte für Schwaller, eine Minderheit unterstützte Burkhalter.

Dass Bundesratswahlen immer mit einem **Medienrummel** verbunden sind wusste ich. Was sich dann aber am Vorabend und am Tag der Bundesratswahl selber abspielte, übertraf alles, was ich bisher kannte. Journalisten belagerten zuerst die Innenstadt von Bern und dann das Bundeshaus. Überall Fotoapparate, TV-Kameras, Radioreporter und Mikrofone. Mitunter musste man sich im Gedränge durch die Bundeshausgänge kämpfen.

Dann kam die Wahl: **Didier Burkhalter** schaffte am 16. September die Wahl zum Nachfolger von Bundesrat Pascal Couchepin kurz nach 10 Uhr im vierten Wahlgang. Mit 129 Stimmen übertraf er das absolute Mehr von 120 Stimmen. CVP-Kandidat Urs Schwaller, lag in den ersten drei Wahlgängen zwar an der Spitze, konnte aber im vierten Wahlgang nicht mehr genug zulegen und unterlag mit 106 Stimmen. Offenbar erhielt er keine Stimmen aus den FDP/SVP-Reihen.

Die Wirtschaftskrise ist die Folge der grenzenlosen Profitmacherei von Abzockern und kurzsichtigen Finanzjongleuren. Nun sollen dafür die Normalverdiener und Rentner den Preis bezahlen. Dagegen protestierte ich am Samstag des 19. September zusammen mit 30`000 Menschen auf dem Bundeshausplatz. Die **Demo** war eindrücklich und notwendig. Denn wer glaubt, im Bundeshaus liessen sich ohne Unterstützung von aussen grosse soziale und ökologische Fortschritte erzielen, irrt. Den Druck des Volkes braucht es gerade in der direkten Demokratie.

Dritte Woche: Zwei umstrittene Armeeeinsätze

Der Bundesrat teilte am 14. September 2009 den Medien mit, dass anlässlich des **Besuchs des russischen Präsidenten** Dimitrij Medwedew am 21. und 22. September 2009 bis zu 200 Armeeangehörige zum Assistenzdienst eingesetzt würden, da die kantonalen Polizeikorps nicht ausreichen würden.

Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) wollte ich genaueres Wissen und stellte dem Bundesrat für die Fragestunde folgende Fragen:

1. Wieso konnte keine Lösung im Rahmen des Polizeikonkordats gefunden werden?
2. Was kostet dieser Armee-Einsatz?

Am 22.09.2009 antwortete der Bundesrat: Den Kantonen Uri und Schwyz fehlten Gebirgsspezialisten für Überwachungsaufgaben im schwierigem Gelände sowie Sprengstoff-Spürhunde in ausreichender Zahl. In materieller Hinsicht benötigen die Kantone Lufttransportunterstützung, Patrouillenboote, gepanzerte Fahrzeuge, Fahrzeuge für den Begleitschutz sowie technische Kommunikationsmittel.

Bei Anwendung der Vollkostenrechnung dürften sich die Aufwendungen für den Assistenzdienst auf maximal 560 000 Franken belaufen. Davon sind ungefähr 400 000 Franken bereits im ordentlichen Budget der Armee enthalten. Die übrigen rund 160 000 Franken sind direkt finanzierungswirksame Mehraufwendungen, die der Armee aus dem Assistenzdiensteinsatz entstehen.

Bleibt die Frage, ob mit solchen Aktionen die Armee nicht einfach als Hilfspolizei zweckentfremdet wird.

Das Bundeshaus selber war an diesem Tag übrigens wiederum belagert, allerdings nicht mehr von Journalisten und auch nicht von der Armee, dafür von Polizei- und Sicherheitsdiensten in grossen Massen. **Der Zugang zum Bundeshaus wurde abgeriegelt** und war auch für die Parlamentarier nur noch erschwert möglich. Einige, die nach Beginn der Ratssitzungen noch Einlass wollten blieben draussen blockiert. Tja, wer zu spät kommt ...

Heftig umstritten war auch der „Piraten-Einsatz“ der Schweizer Armee vor der Küste Somalias. Ich vertrat in der Debatte eine starke Minderheit der SP-Fraktion, die dagegen war.

Die Schweiz hat bisher international nicht den Ruf, sich als Weltpolizei aufspielen zu wollen. Unsere Rolle ist vielmehr jene der Vermittlung, der Friedensförderung, der Friedenserhaltung und der humanitären Hilfe, punktuell auch mit Unterstützung militärischer Präsenz zum Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen eines Uno-Mandats.

Die **EU-Militärmission Atalanta** dagegen ist keine klassische Friedensmission und auch nicht mit einer solchen gleichzusetzen. Es geht nicht darum, Gewalt an der Zivilbevölkerung oder ethnische Säuberungen zu verhindern; es geht bisher auch nicht darum, die Hauptursache für die Piraterie, den politischen und wirtschaftlichen Zerfall Somalias, aufzuhalten. Der Armee-Einsatz vor der Küste von Somalia ist vielmehr bloss Symptom- statt Ursachenbekämpfung.

Während sich die Schweiz im Jahre 2008 mit bescheidenen 7,8 Millionen Franken an der humanitären Nothilfe für Somalia beteiligte, sollte nun mit dieser Vorlage tatsächlich mehr als der doppelte Betrag, nämlich 16 Millionen Franken, für den militärischen Einsatz ausgegeben werden.

Der geplante Armee-Einsatz warf bekanntlich auch im Hinblick auf die personelle Zusammensetzung Fragen auf. Insbesondere der Einsatz von zwei kampffähigen Grenadierformationen des sogenannten Armeeaufklärungsdetachements 10 ist fragwürdig und war stark umstritten.

Im Ratssaal versenkte dann eine Koalition aus SVP, Grünen, einer starken SP Minderheit und wenigen Einzelstimmen aus CVP/FDP Reihen, die Vorlage.

Der Freitag der dritten Woche ist auch der Schlusstag der Session. Da kommen immer auch noch etliche Abstimmungen über persönliche Vorstösse. So auch ein Vorstoss, der das **Absingen der Nationalhymne** jeweils zu Beginn der Session verlangte. Zum Glück wurde er, wenn auch mit 93:83 überraschend knapp, abgelehnt. Damit bleibt meinen und anderen Ohren dieser –gesangstechnisch wohl eher unprofessionelle Chor- erspart.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Oktober 2009